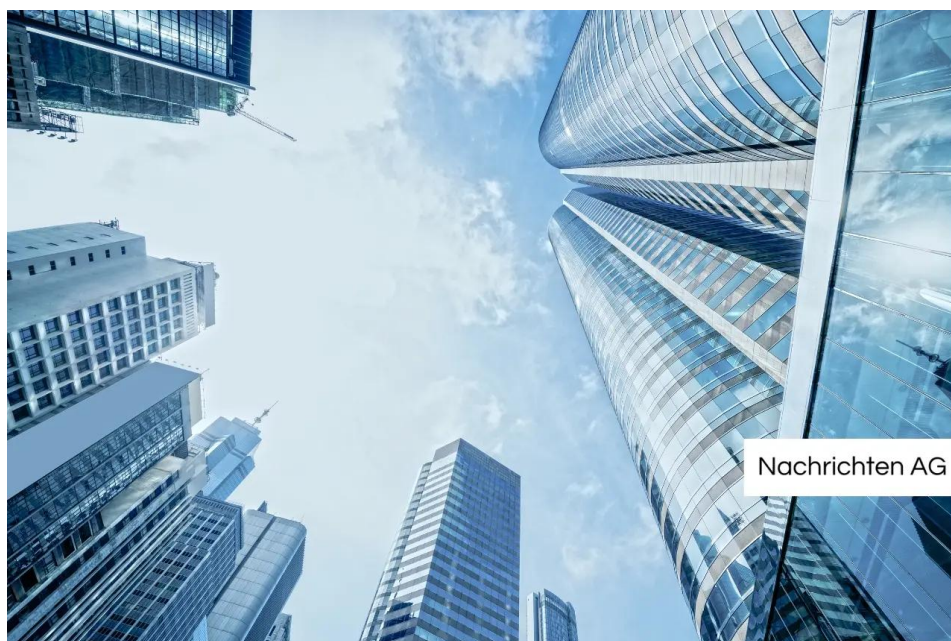


Koalitionsverhandlungen: Union und SPD kurz vor wegweisender Einigung!

Fulda, 8. April 2025: Union und SPD vor Koalitionsabschluss. Wichtigste Themen: Steuerreform und Infrastrukturinvestitionen.



Am 8. April 2025 erreichen die Koalitionsverhandlungen zwischen der Union (CDU, CSU) und der SPD möglicherweise einen entscheidenden Wendepunkt. Laut **Osthessen News** haben die Spitzenvertreter beider Parteien eine Grundsatzeinigung erzielt, allerdings sind noch Feinheiten zu klären. Eine offizielle Bestätigung über das Ende der Verhandlungen steht derzeit noch aus, jedoch wird mit einer Pressekonferenz am Mittwochmittag gerechnet, bei der CDU, CSU und SPD die Ergebnisse präsentieren möchten.

Friedrich Merz, sowohl Kanzlerkandidat der Union als auch Bundesvorsitzender der CDU, hat seinen Zeitplan eingehalten und strebt eine Einigung noch vor Ostern an. Der 6. Mai wird als

möglicher Termin für seine Wahl zum Kanzler erwähnt. Die Verhandlungen finden unter erheblichem Zeitdruck statt, was zum Teil auf den Zollstreit mit den USA zurückzuführen ist, der die Gesprächsbereitschaft erhöht haben könnte. Anke Rehlinger, Ministerpräsidentin des Saarlandes und Vertreterin der SPD, äußerte sich optimistisch und sprach von „auf den letzten Metern“ der Verhandlungen.

Herausforderungen und Kompromisse

Die Koalitionsverhandlungen sind nicht ohne Herausforderungen. Wie **ZDF** berichtet, stehen die Verhandlungspartner vor offenen Fragen, insbesondere was Finanzthemen betrifft. Steuerreformen und mögliche Haushaltskürzungen sind zentrale Punkte, die verhandelt werden müssen. Merz fordert in diesem Kontext Steuersenkungen und einen Bürokratieabbau für die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Die SPD-Politikerin Manuela Schwesig betont indessen die Dringlichkeit, die Regierungsversprechen einzuhalten und die Investitionen des 500 Milliarden Euro schweren Sondervermögens Infrastruktur zügig umzusetzen.

In der politischen Debatte wird zusätzlich die Wichtigkeit von Stabilität und einem klaren Plan für die Infrastruktur hervorgehoben. Über das Sondervermögen sollen unter anderem 100 Milliarden Euro in Klimaschutz und den klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft fließen. Es steht auch zur Diskussion, die Zielsetzung der Klimaneutralität bis 2045 ins Grundgesetz aufzunehmen.

Zukunftsperspektiven und zentrale Themen

Zusätzlich zu den finanziellen Herausforderungen dominieren migrations- und asylpolitische Themen den öffentlichen Diskurs. Der Bundestagswahlkampf hat eine Vielzahl von Streitpunkten hervorgebracht, die auch in den Koalitionsverhandlungen Berücksichtigung finden werden. Während ein

Sondierungspapier vorsieht, dass Zurückweisungen an den Grenzen in Abstimmung mit europäischen Nachbarn erfolgen sollen, gibt es unterschiedliche Sichtweisen zwischen der CDU und der SPD.

Der geplante Umbau des Bürgergeldsystems hin zu einer Grundsicherung für Arbeitssuchende und die Festlegung des Mindestlohns durch eine unabhängige Kommission stellen zudem weitere Diskussionsthemen dar. Ziel ist es, bis 2026 einen Mindestlohn von 15 Euro zu erreichen. Weitere angekündigte Maßnahmen beinhalten die Erhöhung der Pendlerpauschale und die Senkung der Stromsteuer um fünf Cent pro Kilowattstunde.

Insgesamt zeigt sich, dass sowohl Union als auch SPD angesichts der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Lage bereit sind, kompromissbereit zu verhandeln. Gegenwärtig hat der Bundestag bereits einem milliardenschweren Schuldenpaket für Verteidigung und Infrastruktur zugestimmt, wobei die dafür notwendigen Grundgesetzänderungen im Bundesrat ebenfalls eine Zweidrittelmehrheit erhalten haben. Dies verdeutlicht den hohen Einigungswillen zwischen den Parteien und die Notwendigkeit, die nächste Bundesregierung zu bilden, wie **Deutschlandfunk** berichtet.

Details	
Quellen	• osthessen-news.de • www.zdf.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de